



BMHS – Gewerkschaft

der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen

1080 Wien, Strozzigasse 2/4.Stock

Tel: 01/ 533 63 35, Fax: 01/402 35 24, Mail: office.bmhs@goed.at ZVR-Nr. 576439352

an alle
Gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse und
Gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen
im Bereich der BMHS in Österreich

Wien, 11. Dezember 2013
Rai/EB/ZI.715/13

Sehr geehrte Frau Kollegin!
Sehr geehrter Herr Kollege!

Der Organisationsausschuss der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst wurde in der heutigen Vorstandssitzung beauftragt, für den 18.12.2013 in Wien eine Großdemonstration zu organisieren.

Auch die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) hat angesichts der stockenden Beamten-Gehaltsverhandlungen eine Demonstration für 18. Dezember am Ballhausplatz in Wien beschlossen.

Post und ÖBB werden sich der Demonstration anschließen.

Termin: 18. Dezember 2013
Beginn: 14. 30 Uhr
Ort: Ballhausplatz, Wien

Die Organisation des Transportes aus den Bundesländern wird via Landesleitungen von den Landesvorständen der GÖD organisiert.

Aus Sicht der GÖD existieren mehrere Gründe für die gewerkschaftliche Maßnahme:

- Auch im Zuge der 4. Verhandlungsrunde zwischen den Vertretern der Bundesregierung (BM Heinisch-Hosek und StS Lopatka) und dem Verhandlungsteam der Gewerkschaften der öffentlichen Dienste (GÖD und GdG-KMSfB) zur Erhöhung der Gehälter für das Jahr 2014 wurde von der Regierung kein angemessenes Angebot gemacht. Die Erhöhung der Gehälter um 1% sowie eine nicht staffelwirksame Einmalzahlung entsprechen der Erwartungshaltung der Kolleginnen und Kollegen nicht im Mindesten!
- Beendigung des sozialen Dialogs (Lehrerdienstrecht). Die Sozialpartnerschaft in Österreich beinhaltet eine Verhandlungs- und Vereinbarungskultur im Interesse des Staatsganzen. Es war die Lösungskompetenz der Sozialpartner, die dazu geführt hat, dass Österreich die Auswirkungen der Krise wesentlich besser bewältigte als die meisten anderen Länder der Europäischen Union. Es bedeutet einen Bruch der Sozialpartnerschaft, wenn arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen ohne Zustimmung der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter beschlossen werden.

Zu demonstrieren ist eine Machtfrage und keine Rechtsfrage. Jedes Weisungsrecht der DG-Seite ist obsolet, sobald die Gewerkschaften marschieren.

- Der Arbeitsdruck ist in allen Bereichen des Öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren enorm angestiegen. Zahlreiche zusätzliche Gesetze wurden beschlossen und müssen auch vollzogen werden. Der Öffentliche Dienst in Österreich erbringt trotz dieser gestiegenen Anforderungen höchste Qualität zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger. Eine jüngst veröffentlichte OECD-Studie stellt dies eindrucksvoll unter Beweis. Damit diese hohe Qualität gehalten werden kann, sind die entsprechenden Personal- und Sachressourcen ausreichend zur Verfügung zu stellen und es ist eine Aufgabenreform durchzuführen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Verantwortung als Dienstgeber dahingehend wahrzunehmen.

Leistungsnachweis des berufsbildenden mittleren und höheren Schulwesens

Wir verbinden unsere Teilnahme mit einer Positivdemonstration des berufsbildenden mittleren und höheren Schulwesens, wobei die Erfolge und Preise der letzten Jahre, die jede einzelne Schule verzeichnen konnte, plakativ dargestellt werden. Die auf Hartkarton aufgetragenen Grafiken (siehe Bsp. HTL Weiz) werden entlang der Einfriedung des Volksgartens positioniert.

Wir ersuchen den GBA der Schule sicherzustellen, dass

- es ein diesbezügliches Plakat gibt
- zumindest eine Begleitperson für Erklärungen zur Verfügung steht

Herzlichen Dank

Derzeit zählen wir 9.384 Solidaritätserklärungen unserer Kolleginnen und Kollegen aus allen österreichischen BMHS, für die wir uns herzlich bedanken. Das demonstriert machtvoll die Entschlossenheit, gegen einen Qualitätsabbau im BMH-Schulwesen vorzugehen. Leider sind die Unterschriften für uns öffentlich nicht verwertbar, da mit 9.384 Unterschriften nicht einmal die Hälfte der beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer eine Unterstützungserklärung abgegeben haben. Somit ist aus Sicht der Medien der Rückschluss zulässig, dass die überwiegende Mehrheit der BMHS-Lehrer/innen das neue Lehrer/innendienstrecht akzeptiert.

Als Anlage erlauben wir uns zur Kontrolle, ob eure Resolution eventuell in Verstoß geraten ist, eine Liste mit den Namen jener Schulen anzuschließen, die ihre Resolution mit Unterschriften übermittelt haben.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen



Jürgen Rainer
Vorsitzender



Heinrich Himmer
Vors. Stellvertreter



J.G. Fuchsbauer
Vors. Stellvertreter

Zu demonstrieren ist eine Machtfrage und keine Rechtsfrage. Jedes Weisungsrecht der DG-Seite ist obsolet, sobald die Gewerkschaften marschieren.